

SPD Hungen für zweiten Solarpark

Anlage auf Trais-Horloffter Halde hat sich bewährt – Betrieb als Bürgergenossenschaft denkbar

Hungen (pm). Auf der ehemaligen Halde in Trais-Horloff wurde einst unter Bürgermeister Klaus Peter Weber (†) ein Solarpark errichtet. Da dieser sich wirtschaftlich als auch klimaschutztechnisch für die Kommune rentiert hat, fordert die SPD nun den Bau eines zweiten Parks. Der neue Park soll dabei als Bürgergenossenschaft betrieben werden.

Durch den seit 2009 bestehenden Solarpark werden jährlich rund 1900 Tonnen

Kohlendioxid eingespart. »Er dient trotz der hohen Investitionssumme von 7,5 Mio Euro (netto) mit seinen jährlichen Überschüssen inzwischen auch zur Sanierung des städtischen Haushaltes«, schreibt die SPD in einer Pressemitteilung. Die PV-Anlage – PV steht für Fotovoltaik – auf der Halde ist seither und inzwischen von allen politischen Kräften in Hungen unangefochten als Betriebszweig des Eigenbetriebs der Stadtwerke Hungen eine

kommunalpolitische Erfolgsgeschichte und Grundlage der nachfolgenden Entwicklung der Stadt Hungen zur Klimakommune.

Parteiübergreifend Planen

Die für einen zweiten Solarpark infrage kommenden fünf Standorte im Stadtgebiet Hungen, die der Teilregionalplan Energie als Vorbehaltsflächen für Freiflächen-Fotovoltaik-An-

lagen ausweist, hat eine aus SPD-Fraktion und Vorstand gebildete Arbeitsgruppe jüngst besichtigt. Diese liegen nördlich der Kernstadt Hungen, südlich von Nonnenroth, nordwestlich von Villingen, nördlich von Rodheim und nördlich von Steinheim und befinden sich überwiegend im privaten Eigentum.

Alle fünf Flächen werden nach Lage und Größe für einen Solarpark als geeignet angesehen, wie Gerald Hänsel als

Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe mitteilt. »Dabei wird unter dem Aspekt des möglichst schonenden Umgangs mit landwirtschaftlichen Nutzflächen die Errichtung von sog. Agri-PV Anlagen zu überlegen sein, die die weitere landwirtschaftliche Nutzung durch eine höhere Montage der Module ermöglicht«, schreibt die SPD. Die Planungen sollen aus ihrer Sicht parteiübergreifend erfolgen, um die Realisierung zu forcieren.